

## **Die Stadtgesellschaft des 21. Jahrhunderts**

### **Gesund – Gerecht – Solidarisch!**

Wir wollen eine kinder-, jugend- und familienfreundliche Stadt, eine Stadt, in der sich Menschen beider Geschlechter, unterschiedlichster Ethnien, Kulturen, Orientierungen und Milieus wohl und akzeptiert fühlen und in der sich auch ältere Menschen und Menschen mit Handicaps gut bewegen können. Wir setzen uns ein für ausreichenden, bezahlbaren Wohnraum, gute Arbeit für alle, Hilfen für Menschen in Not und ein tolerantes Miteinander aller Kölnerinnen und Kölner.

#### **Gesundheit ist Voraussetzung für Teilhabe**

Armut macht krank! Dieser Satz soll in Köln nicht gelten. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten lassen nicht zu, dass der Zugang zu guter medizinischer Versorgung und Hilfe und die Chance auf ein gesundes Leben abhängig von Einkommen oder Sozialstatus sind.

Unsere politischen Initiativen werden sich sowohl auf Prävention und Gesundheitsbildung als auch auf die Unterstützung im Alter oder bei Krankheit beziehen. Wir wollen

- die Vernetzung der vorhandenen Hilfen von Gesundheits-, von Jugend- und von Sozialverwaltung deutlich verbessern.
- die Kindergarten- und schulärztlichen Untersuchungen (inclusive schulzahnärztlicher Untersuchungen, Sehtests, Impfstatusprüfungen) flächendeckend einsetzen.
- präventive Hilfen für jedes Kölner Kind sicherstellen und festgestellte Auffälligkeiten nachverfolgen.
- die Träger der Offenen Ganztagschule anhalten, die Schulverpflegung nicht nur vorrangig unter Kosten- sondern auch unter Gesundheitsaspekten zu sehen.
- Einfluss auf das Angebot von Schulkiosken nehmen.
- die Ernährungsberatung und die Beratung für gesundheitsfördernde Lebensführung für Eltern und Kinder ausbauen.
- den Einsatz von Schulpsychologen verstärken.
- die sexualpädagogische Betreuung von Jugendlichen ausbauen.
- ambulante Mittagstische mit Speisen, die dem Bedarf und den Bedürfnissen älterer Menschen auch unterschiedlicher Kulturen entsprechen.

- weitere Einrichtungen für die Tagespflege von Altersdementen zur Sicherung eines menschenwürdigen Lebens für die Betroffenen und zur Entlastung für die oft völlig überlasteten Angehörigen schaffen.
- die Beratungsstellen zur Bekämpfung von Alkohol- und Medikamentensucht ausbauen, auch für Kinder oder Angehörige von Suchtkranken.
- die sozial-psychiatrischen Zentren in Köln erhalten und ausbauen.
- einen weiteren rechtsrheinischen Drogenkonsumraum und einen moderaten Ausbau von Substitutionsangeboten sowie die Stabilisierung und den Ausbau des Kölner Drogenhilfeverbundes.

Die KölnSPD erklärt sich solidarisch mit den von HIV und Aids betroffenen Menschen. Sie verurteilt Diskriminierung und Ausgrenzung von Infizierten und Erkrankten. Prävention ist das einzig wirksame Mittel zur Bekämpfung von HIV. Die KölnSPD setzt sich für die Bestandserhaltung und den Ausbau – insbesondere personalkommunikativer - Präventionsarbeit ein.

### **Teilnahme älterer Menschen am sozialen und kulturellen Leben**

Aus unterschiedlichen gesundheitlichen, sozialen, sicherheits- und verkehrstechnischen Gründen wird vielen älteren Menschen die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben in unserer Stadt erschwert. Wir wollen:

- dass städtische Angebote barrierefrei erreichbar sind;
- ein dichtes, kompetentes, transparentes und leicht erreichbares Beratungsnetz in der Verantwortung der Stadt Köln;
- eine aufsuchende Beratung für Hochbetagte;
- die Weiterentwicklung von Präventions- und Rehabilitationsangeboten zur körperlichen und geistigen Fitness;
- passgenaue ehrenamtliche und professionelle Hilfen, um ein lebenslanges Wohnen in der eigenen Wohnung zu ermöglichen;
- die Etablierung eines sozialraumorientierten Casemanagements, das insbesondere die Teilhabe und Einbindung in das Leben im Wohnquartier unterstützt;
- die städtische Unterstützung bei der Schaffung und Sicherstellung einer ausreichend qualitativen und quantitativen, professionellen pflegerischen Infrastruktur;
- die Förderung des Ehrenamtes und des nachbarschaftlichen Engagements. Dabei sind ältere Menschen einerseits selbst

ehrenamtlich tätig, andererseits sichern das Ehrenamt und das nachbarschaftliche Engagement den Verbleib in der eigenen Wohnung und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben;

- die Stabilisierung und den Ausbau der Kölner Seniorenetzwerke;
- die besondere Beteiligung von Seniorenvertretung und Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik als tragende Elemente der politischen Teilhabe älterer Menschen in kommunalen Anhörungsverfahren;
- Maßnahmen zu Erhöhung der Sicherheit, insbesondere für ältere Menschen, durch die Beseitigung von Angsträumen.

### **Menschen mit Behinderungen sind Teil der Gesellschaft**

Menschen mit Behinderungen bedürfen in unserer Gesellschaft besonderer Hilfen durch die Solidargemeinschaft, die Kommune und die gesamte Stadtgesellschaft. Deshalb wollen wir:

- die Strukturen für betreutes Wohnen durch eine angemessene Vergütung bedarfsgerecht ausbauen;
- die Barrierefreiheit im gesamten Stadtgebiet und in den öffentlichen Verkehrsmitteln konsequent umsetzen;
- Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten auf dem ersten und zweiten Arbeitsmarkt verstärkt fördern. Dazu gehören auch Werkstätten für Menschen mit Behinderung und Integrationsbetriebe;
- integrative Wohnprojekte verstärkt fördern;
- soziale Netzwerken vor Ort ausbauen sowie die Nachbarschaftshilfe stärken;
- eine Starthilfe für Begleitung und Struktur der Behindertenhilfe, gegebenenfalls auch mit dem Einsatz von hauptamtlichen Kräften, durch die Kommune geben;
- weitere fünf Koordinierungs-, Kontakt- und Beratungsstellen (KoKoBe) in Köln (in jeden Stadtbezirk eine Einrichtung) schaffen;
- die vorhandenen Strukturen der Behindertenhilfe erweitern, Anregungen und Kontakte durch Straßen- und Nachbarschaftsfeste oder Auslobung von Preisen verbessern;
- die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderung am Kulturleben über kostenlosen Eintritt für diese Zielgruppe und für je eine Begleitperson in den städtischen Kultureinrichtungen fördern. Diese Förderung soll für volljährige Menschen mit wesentlicher Behinderung, die Eingliederungshilfen erhalten, gelten.

Darüber hinaus wollen wir:

- einen bedarfsgerechten Ausbau integrativer Kindertagesstätten-Plätze;
- einen bedarfsgerechten Ausbau der Plätze im gemeinsamen Unterricht von behinderten und nicht behinderten Schülerinnen und Schülern;
- mehr Blindenampeln und mehr behindertengerechte Toiletten im Stadtgebiet;
- die Wiedereinführung eines Behinderten-Fahrtendienstes (gegebenenfalls mit neuem Konzept);
- gezielte Trainingsprogramme, um mehr Menschen mit Behinderung in die Lage zu versetzen, selbstständig zur Werkstatt, Schule etc. unter Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs als Alternative zum Zubringerdienst fahren zu können.

### **Migrantinnen und Migranten bereichern unsere Stadtgesellschaft**

Zuwanderung und kulturelle Vielfalt bieten große Chancen für Innovation und Fortschritt im Bereich der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung Kölns. Gleichzeitig ist diese Vielfalt aber auch Herausforderung, denn sozialer Zusammenhalt, Sicherung von Chancengleichheit und ein gelungener Interessenausgleich sind nicht selbstverständlich.

Die Altersstruktur der Zuwanderungsbevölkerung wirkt nicht nur positiv ausgleichend gegen die schnelle Alterung der Bevölkerung. Sie kann auch den zukünftig zu erwartenden Bedarf an qualifizierten jungen Arbeitskräften in einer global ausgerichteten Wissensgesellschaft sichern helfen. Vor allem die jungen Menschen mit Migrationshintergrund sind häufig zwei- oder mehrsprachig aufgewachsen und werden im international ausgerichteten Wirtschaftsleben gebraucht. Hier gilt es die vorhandenen Potenziale zu nutzen und die Grundlagen für eine gute schulische und berufliche Ausbildung zu sichern oder zu schaffen.

Der gleichberechtigte Zugang zu allen gesellschaftlichen Lebensbereichen erfordert neben kommunalen Maßnahmen aber auch auf bundes- und landespolitischer Ebene Unterstützung und die Schaffung der notwendigen gesetzlichen Grundlagen, wie zum Beispiel die aktive Förderung der Mehrsprachigkeit in Kindergarten und Schule, die Anerkennung von Berufsabschlüssen, das kommunale Wahlrecht für Zugewanderte nach mehrjährigem rechtmäßigem Aufenthalt. Hier sind die Versäumnisse der Vergangenheit zu beseitigen.

Die wichtigsten integrationspolitischen Ziele sind eine für Migrantinnen und Migranten gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, die Herstellung der Chancengleichheit und grundsätzliche

Rechtsgleichheit, gleichberechtigte Zugangsmöglichkeiten zu Bildung, Ausbildung und Arbeit, zu Angeboten des Wohnens, kulturellen und sozialen Dienstleistungen.

Weitere, ebenso wichtige Ziele sind die Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Gewalt sowie die Beseitigung aller Arten von Diskriminierung. In einer Einwanderungsgesellschaft muss neben den Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität der Grundwert Anerkennung hinzugefügt werden. Deshalb wollen wir:

- die Fortschreibung des kommunalen Maßnahmeprogramms zur Integration von Kölnerinnen und Kölnern mit Zuwanderungsgeschichte als ersten Baustein zur Umsetzung des Integrationskonzeptes und die Anpassung an die veränderten Integrationsentwicklungen. Hierzu gehören konkrete Maßnahmen, die zur Verbesserung der Integration führen, z.B. Qualifizierung der Arbeit der Interkulturellen Zentren, Angebote für Senioren mit Migrationshintergrund, Intensivierung des interreligiösen Dialogs etc.;
- die Chancengleichheit für **alle** Kinder und Jugendlichen sichern (in Köln haben fast 50 Prozent der 10-Jährigen einen Migrationshintergrund);
- die natürliche Mehrsprachigkeit in Schule und Ausbildung fördern und nutzen, um die internationale Ausrichtung und Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Köln zu stärken;
- den Diversity-Ansatz umfassend verfolgen: Vielfalt bedeutet Stärke! Das bedeutet die interkulturelle Öffnung der Verwaltung und sozialen Dienste durch die Verbesserung der interkulturellen Kompetenz der Beschäftigten einerseits und durch die vermehrte Einstellung von fachlich qualifizierten Menschen mit Zuwanderungsgeschichte andererseits;
- benachteiligte Sozialräume/Stadtteile stärken, zum Beispiel durch eine Förderung der lokalen Ökonomie, die Förderung lokaler Netzwerke, durch lokale Bildungsoffensiven;
- die gesellschaftliche und politische Teilhabe der Migranten fördern und durch das kommunale Wahlrecht verbindlich gestalten;
- unabhängig von der Einführung des kommunalen Wahlrechts die Arbeit des Integrationsrates unterstützen und uns für seine Verankerung in der Gemeindeordnung einsetzen;
- die interkulturellen Zentren weiterhin unterstützen, weil sie in den Stadtteilen als Basis wichtige Integrationsarbeit leisten;
- den gesellschaftlichen Dialog in einer Akademie der Künste entwickeln und verstärken.

## **Soziale Sicherung: zuverlässig und gerecht**

Die Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe im Jahr 2005 war der richtige Schritt. Die Hilfen für die betroffenen Menschen müssen kontinuierlich und bedarfsgerecht weiterentwickelt werden.

### **Hilfen für langzeitarbeitslose Kölnerinnen und Kölner**

Die unmittelbare berufliche Integration ist für eine große Zahl der langzeitarbeitslosen Kölnerinnen und Kölner nur über eine nicht minder wichtige soziale Integration mit intensiver Betreuung und passgenauer Förderung zu erreichen. Die Kommune verfügt über die hierfür notwendige langjährige Erfahrung. Sie muss daher zwingend diese Kompetenz aufgrund ihrer lokalen Verantwortung zum Wohl ihrer Bürgerinnen und Bürger umfassend einbringen. Deshalb:

- muss die Kommune bei der Neuorganisation der Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II) eine tragende Rolle übernehmen;
- müssen die Kernstücke des SGB II, die intensive und individuelle Beratung, Betreuung und Begleitung der Langzeitarbeitslosen, erhalten werden. Dazu gehört eine individuelle passgenaue Maßnahmen- und Eingliederungsplanung durch qualifiziertes Personal (Fallmanager/-innen und persönliche Ansprechpartner/-innen) nach dem Prinzip „Fördern und Fordern“;
- muss der Einfluss der Kommunen zum Beispiel auf Planung, Steuerung und Umsetzung des Integrationstitels gesichert werden;
- muss die intensive Beteiligung der Kommunen bei Integrationshilfen, Wohnungsversorgung, Schuldnerhilfe, psychosoziale Begleitung und Gesundheits- und Familienhilfen gewährleistet sein, damit sie ihrem sozialpolitischen Auftrag und den originären Aufgaben der kommunalen Selbstverwaltung gerecht werden können;
- muss neben den bisherigen Fördermodellen der Sektor einer dauerhaften öffentlichen Förderung von Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt für einen definierten Personenkreis bedarfsgerecht ausgebaut werden;
- müssen Beschäftigungsträger und Integrationsfirmen durch Auftragsvergaben durch die Stadt und städtischen Gesellschaften in ihrem Bemühen der beruflichen und sozialen Integration von Langzeitarbeitslosen unterstützt werden;
- ist sozialen und ökologischen Kriterien im Vergaberecht ein deutlich stärkeres Gewicht einzuräumen;
- müssen die Arbeitslosenzentren und -beratungsstellen sowie die Job-Börsen in Köln gesichert werden.

Die trotz 4-jähriger Aufbauphase in der ArGe immer noch auftretenden Probleme, wie hohe Fluktuationsrate der Mitarbeitenden oder Rückstände bei der Post- und Widerspruchsbearbeitung, müssen baldmöglichst beseitigt werden.

### **Hilfen in sozialen Notlagen**

Soziale Sicherheit und Teilhabe sind für uns unverzichtbare Bestandteile einer demokratischen und sozialen Stadtgesellschaft. Alle Kölnerinnen und Kölner müssen am Leben in der Gemeinschaft teilnehmen können. Die Sicherung einer würdigen Existenz und die Hilfe zur Selbsthilfe müssen bedarfsgerecht erfolgen. Beratung und Hilfen sollen Teilhabe ermöglichen, Eigenverantwortung stärken, zu eigenständigem Handeln und zur Solidarität befähigen. Deshalb:

- müssen finanzielle Hilfen der Kommune durch weitere Leistungsangebote der Stadt und privater Vereine /Organisationen /Einrichtungen ergänzt und der Berechtigtenkreis des Köln-Passes ausgeweitet werden;
- soll ein Bildungsfond initiiert werden (Unterstützung für bedürftige Schülerinnen und Schüler, zum Beispiel mit Schulbüchern, weiteren Schulmaterialien oder auch die Beteiligung an Schulaustausch durch einen aus Finanzmitteln gespeisten Fond von Bürgern/Firmen/Stadt);
- wird das Sicherungssystem zur Verhinderung existentieller Not ausgebaut werden (ausreichendes Angebot von Notdiensten, Obdachlosenhilfe);
- ist zur Vermeidung von wiederholtem Wohnungsverlust ein Nachsorgeprogramm zu entwickeln.

Mädchen und Frauen sind leider häufig Opfer von Gewalt und Missbrauch. Neben der Unterstützung präventiver und begleitender Maßnahmen werden wir uns auch weiterhin für den Erhalt und den Ausbau von entsprechenden Angeboten (Mädchenarbeit, Wohngruppen, Zufluchtsstätten etc.) einsetzen.

■

### **Die Sicherung des Grundbedürfnisses auf Wohnen**

Eine angemessene Wohnung zu akzeptablen Preisen gehört zu den Grundbedürfnissen des Menschen. Wir wollen in Köln ein differenziertes Wohnangebot für Alle schaffen, das den Bedürfnissen in den verschiedenen Lebenslagen entspricht. Unsere kommunalpolitischen Positionen lauten daher:

- Wir benötigen in Köln bis zum Jahr 2015 mindestens 40.000 neue Wohnungen. Um den Bedarf an preiswerten, öffentlich-geförderten Wohnungen zu befriedigen, müssen mindestens 1.000 Wohneinheiten pro Jahr neu gefördert werden.
- Städtische Liegenschaftspolitik muss sich von der vorrangig fiskalischen Orientierung hin zu einer wohnungspolitischen verändern, die durch offensive Bereitstellung preislich rabattierter Grundstücke dem öffentlich geförderten Wohnungsbau in Köln neuen Schwung verleiht.
- Für Bereiche mit verdichteter Hochhausbebauung, in denen bisher alle Bemühungen um Reduzierung der Probleme und Stabilisierung vergeblich waren, sind neue Konzepte zu entwickeln, die auch den Abriss einzelner Bereiche und/oder deren Entkernung nicht ausschließen.
- Bei neuen Wohngebieten muss auf die gleichzeitige Schaffung von Infrastruktur, ggf. auch in Form von Integrationsbetrieben, sozialen und kulturellen Treffpunkten geachtet werden. Ferner muss durch einen Mix von frei finanzierten und geförderten Wohnungen oder durch die Form der Belegung auf eine sozialverträgliche, mit dem Vermieter abgestimmte Durchmischung geachtet werden.
- Das Instrument „Ankauf von Belegungsrechten“ wollen wir forcieren.
- Die Kosten für Sozialraummanagement und die Schaffung sozialer Infrastruktur durch die Wohnungsgesellschaften sollen förderfähig werden.
- Mehr familiengerechte Wohnungen können durch Zuschüsse (Wohngelderhöhung) oder staatliche Förderung von Miethäusern für Familien mit 2 - 3 Kindern geschaffen werden.
- Kurzfristig wollen wir mindestens drei weitere Projekte des „generationsübergreifenden Wohnens“ geplant und realisiert sehen.
- Das „Beschützte Wohnen/Service-Wohnen“ für Menschen mit Handicaps werden wir ausbauen.
- Wir werden ein Umbauprogramm „barrierefreies Wohnen“ im Bestand der Wohnungsbaugesellschaft initiieren.
- Auch im freifinanzierten Neubau sollte zukünftig ausschließlich „barrierefreier Wohnbau“ geplant werden.
- Betreute Wohngruppen als Alternative zur frühen Heimunterbringung werden wir ausbauen.
- Durch gezielte Programme muss die Schaffung barrierefreien Wohnraums und Wohnraum für bestimmte besonders unterversorgte Zielgruppen, zum Beispiel psychisch Kranke, vorangebracht werden.

- Die Wohnquartiere sollen gerade mit Blick auf die Bedarfe der Senioren entwickelt werden (Vernetzungen fördern, Infrastruktur entwickeln, Angebot besonderer Wohnformen). Der Wohnraumwechsel von Großwohnung in Kleinwohnung soll gefördert und unterstützt werden. Dabei muss darauf geachtet werden, dass die Menschen nicht durch den Umzug in eine kleine Wohnung zu Transferleistungsempfängern werden.
- Die KölnSPD unterstützt das integrative Wohnprojekt „Villa anders“ für Lesben und Schwule in Köln. Der Gemeinschaftsraum wird finanziell gefördert. Die Erfahrungen mit diesem Wohnprojekt sollen wissenschaftlich begleitet bzw. ausgewertet werden.
- Sowohl im Wohnungsbestand als auch im Wohnungsneubau sind Maßnahmen zur Verbesserung der Energie-Effizienz durch Förderung, Beratung, Werbung usw. anzustoßen, um Mietnebenkosten und Umweltbelastung zu begrenzen.
- Die Angemessenheitskriterien für die Vermittlung von Wohnungen an Hartz IV-Empfänger/innen orientieren sich derzeit an der niedrigen Kaltmiete und nicht an energetisch nachgerüsteten Wohnungen. Es muss eine Regelung gefunden werden, die Mieter von energetisch sanierten Wohnungen nicht schlechter stellt als die von Wohnungen mit hohem Energieverbrauch.